



Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft

Herausgegeben von
Dr. Arno Mohr

Bisher erschienene Werke:

Bellers, Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich

Bellers · Kipke, Einführung in die Politikwissenschaft, 3. Auflage

Bierling, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Gabriel · Holtmann, Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage

Glöckler-Fuchs, Institutionalisierung der europäischen Außenpolitik

Jäger · Welz, Regierungssystem der USA, 2. Auflage

Lehmkuhl, Theorien Internationaler Politik, 2. Auflage

Lemke, Internationale Beziehungen

Lietzmann · Bleek, Politikwissenschaft – Geschichte und Entwicklung

Maier · Rattinger, Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse

Mohr (Hrg. mit *Claußen, Falter,*

Prätorius, Schiller, Schmidt,

Waschkuhn, Winkler, Woyke),

Grundzüge der Politikwissenschaft, 2. Auflage

Naßmacher, Politikwissenschaft, 3. Auflage

Pilz · Ortwein, Das politische System Deutschlands, 2. Auflage

Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage

Reese-Schäfer, Politische Theorie heute

Riescher · Ruß · Haas (Hrg.), Zweite Kammern

Schmid, Verbände

Schumann, Repräsentative Umfrage, 3. Auflage

Sommer, Institutionelle Verantwortung

Wagschal, Statistik für Politikwissenschaftler

Waschkuhn, Demokratietheorien

Waschkuhn, Kritischer Rationalismus

Waschkuhn, Kritische Theorie

Waschkuhn · Thumfart, Politik in Ostdeutschland

Woyke, Europäische Union

Xuewu Gu, Theorien der internationalen Beziehungen · Einführung

Internationale Beziehungen

Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder

Von
Universitätsprofessorin
Dr. Christiane Lemke

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Lemke, Christiane:

Internationale Beziehungen : Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder

/ von Christiane Lemke. – München ; Wien : Oldenbourg, 2000

(Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft)

ISBN 3-486-23858-2

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Telefon: (089) 45051-0

www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier

Druck: MB Verlagsdruck, Schrobenhausen

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Binderei GmbH

ISBN 3-486-23858-2

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
Kapitel 1 Wissenschaft und Theorien Internationaler Beziehungen	5
1. 1 Zur Geschichte der Wissenschaft	5
1. 2 Was heißt Theorie der internationalen Beziehungen?	9
1. 3 Grundbegriffe: Akteur und internationales System	10
1. 4 Der Machtbegriff in internationalen Beziehungen	14
1. 5 Theorierichtungen in der Analyse der Internationalen Beziehungen	17
1. 5. 1 Theoretische Vorläufer	17
1. 5. 2 Realismus, Neorealismus und Englische Schule	20
1. 5. 3 Liberaler Institutionalismus	27
1. 5. 4 Interdependenztheorie und Regimeforschung	30
1. 5. 5 Weltsystemtheorien und Globalisierung	35
1. 5. 6 Postmoderne und Konstruktivismus	41
1. 5. 7 Feministische Analysen internationaler Beziehungen	46
1. 6. Zusammenfassender Überblick über die Theorien	54
Kapitel 2 Problemfelder der internationalen Politik	55
2. 1 Internationale Politik, Weltwirtschaftssystem und Ökologie	55
2. 1. 1 Globalisierung und Weltmarkt	56
2. 1. 2 Wirtschaft und Weltarmut: Probleme der Entwicklungspolitik	66
2. 1. 3 Grenzen des Wachstums: Internationale Umweltpolitik	75
2. 2 Konflikte, Krisen, Kriege: Internationale Politik als Sicherheitspolitik	82
2. 2. 1 Krieg und Frieden in der internationalen Politik	82
2. 2. 2 Enger und weiter Sicherheitsbegriff	86
2. 2. 3 Problembeispiel 1: Ethnische Konflikte und ethno-nationale Kriege	91
2. 2. 4 Problembeispiel 2: Migration, Flucht und Vertreibung	96
Kapitel 3 Außenpolitik als Handlungsfeld	102
3. 1 Grundkonzepte: Der Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik	102
3. 2 Die Außenpolitik der Bundesrepublik	108
3. 2. 1 Historische und institutionelle Rahmenbedingungen	108
3. 2. 2 Der Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik am Beispiel der Ostpolitik	114
3. 2. 3 Neue deutsche Außenpolitik: Kontinuität und Wandel seit der Vereinigung	117
3. 3 Zwischen Hegemonie und Multilateralismus: Die Außenpolitik der USA	123
3. 3. 1 Historische Besonderheiten, Leitbilder und nationales Interesse	125
3. 3. 2 Grundzüge der historischen Entwicklung in der Außenpolitik	128
3. 3. 3 Außenpolitische Entscheidungsprozesse	131
3. 3. 4 Außenpolitische Orientierungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	136
Kapitel 4 Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	142
4. 1 Die Transformation Mittel- und Osteuropas	142
4. 1. 1 Der Umbruch 1989/90	143
4. 1. 2 Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen Demokratisierung: Transformation, nicht Transition	148
4. 1. 3 Demokratisierung als Prozeß	153

Kapitel 5 Europäische Integration: Entwicklung, Leitbilder und Theorien der Integration .	158
5. 1 Entwicklung der europäischen Integration.....	158
5. 2 Institutionen und Schwerpunkte der EU: Die Wirtschafts- und Währungsunion.....	160
5. 3 Die Europäische Union als politischer Raum.....	166
5. 3. 1 Regieren in der EU.....	166
5. 3. 2 European Citizenship und europäische Identität.....	168
5. 4 Probleme und Perspektiven der EU.....	171
5. 5 Theorien und Leitbilder der europäischen Integration.....	175
5. 5. 1 Integrationstheorien: Europa als Supranationale Organisation.....	176
5. 5. 2 Intergouvernementalisten: Europa als "Staatenbund".....	178
5. 5. 3 Integration als dynamischer Mehrebenen-Prozeß: Neuere Erklärungsansätze... 179	
 Kapitel 6 <i>Global Governance</i> : Die Vereinten Nationen und die nicht-staatlichen Organisationen.....	185
6. 1. Die Vereinten Nationen.....	185
6. 1. 1 Geschichte und Bedeutung der Vereinten Nationen.....	187
6. 1. 2 Reformbedarf der Vereinten Nationen.....	189
6. 1. 3 Mittel der regionalen Friedenssicherung durch die UNO.....	193
6. 2 Nicht-Regierungsorganisationen (NROs).....	196
6. 3 Problembeispiel: Menschenrechte.....	199
 Anhang: Studienpraktische Hinweise und Hilfen zu Recherchen.....	207
1. Printmedien.....	207
a) Zeitschriften.....	207
b) Jahrbücher.....	208
c) Handbücher und Lexika.....	209
2. Internet.....	209
a) International Governmental Organizations (IGOs).....	210
b) Non-Governmental Organizations (NGOs).....	211
Menschenrechte.....	211
Umwelt/Ökologie.....	211
Frauen/Frauenrechte.....	211
Sicherheitspolitik, Krieg und Frieden.....	212
Hilfsorganisationen.....	212
Internationales Recht.....	212
 Abkürzungsverzeichnis.....	213
Personen- und Sachregister.....	215

Vorbemerkung

Internationale Politik ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch zwei gegenläufige Entwicklungstendenzen charakterisiert. Die Länder der Welt werden zum einen durch die zunehmenden Verflechtungen der Wirtschaftsbeziehungen stärker voneinander abhängig. Die weltweite Vernetzung zieht tiefgreifende Veränderungen in der Produktion, Konsumtion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen nach sich. Auch Kommunikation und Kultur sind aufgrund dieser engeren Verflechtungen vielschichtigen Wandlungsprozessen unterworfen. Handlungsalternativen für weltpolitische Probleme, die heute vor allem in der Gestaltung einer lebenserhaltenden, gerechteren und für die nachfolgenden Generationen ökologisch verträglichen Welt zu sehen sind, können deshalb nur noch im Kontext der wechselseitigen Kommunikation im internationalen Rahmen entwickelt werden.

Dieser Tendenz zur weltweiten Verflechtung steht andererseits die Regionalisierung der politischen Handlungsräume gegenüber. Die Europäische Union, Nordamerika mit dem Freihandelsabkommen NAFTA sowie der asiatisch-pazifische Raum mit Japan als Wirtschaftszentrum bilden drei dominante Wirtschafts- und Handelszentren. Diesen entwickelten Zentren stehen Ländergruppen gegenüber, wie die osteuropäischen Reformstaaten, die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten in Südostasien sowie Mittel- und Lateinamerika, die, unter unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen, wirtschaftlich von den Kernhandelszentren abhängig sind. Die ärmeren Entwicklungsländer Asiens und Afrikas drohen zugleich immer stärker in die Peripherie abgedrängt zu werden. Global betrachtet hat die neue Stufe der Entwicklung des Weltmarkts bislang nicht zu einer Einebnung von wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden, sondern vielmehr zu deren Vertiefung beigetragen. Zunehmende internationale Verflechtungen und gleichzeitige Regionalisierung sind zwei sich sowohl ergänzende wie gegenläufige Entwicklungen.

Zugleich nimmt weltweit das Bewußtsein über die globalen Abhängigkeiten zu, wobei die neuen Kommunikationstechnologien diesen Prozeß stark beschleunigt haben. Durch diesen Wandel der Öffentlichkeit geraten grundlegende Prinzipien der internationalen Beziehungen in Bewegung, wie das Beispiel der Menschenrechtspolitik verdeutlicht. Derzeit wächst weltweit einerseits das Bewußtsein für die Bedeutung der universalen Menschenrechte und das „Recht, Rechte zu haben“ (Hannah Arendt). Andererseits betonen und verteidigen spezifische Gruppen ihre nationalen, ethnischen, religiösen oder rassischen Identitäten mit zunehmender Schärfe.

Das hierdurch auftretende Spannungsfeld kann nur durch ein erhöhtes Maß an internationaler Kommunikation und Kooperation abgebaut werden. Prinzipiell verschiebt sich dadurch auch der politische Einflußhorizont von Staaten. Ein Indikator dieser Veränderungen ist beispielsweise in der zunehmenden Bedeutung nichtstaatlicher Gruppen und Assoziationen zu sehen.

Die „klassische“ Welt der internationalen Politik bestand über weite Phasen vor allem in der Interaktion von Staaten im Rahmen der „Staatenwelt“. Diese Staaten konnten Großmächte sein, wie zur Zeit der bipolaren Weltordnung die USA und die Sowjetunion, oder es konnte sich um die „smaller players“, kleinere Staaten handeln, die ihre auswärtige Politik darauf orientieren, ihren internationalen Einfluß durch Bündnissysteme und Machtpolitik abzusichern. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bildet sich dagegen eine multipolare Mehrebenenstruktur der Weltpolitik heraus. Während Staaten durch den Prozeß der Globalisierung an Bedeutung verlieren, gewinnen supranationale Zusammenschlüsse, wie z. B. die Europäische Union, sowie internationale Organisationen an Einfluß auf die Gestaltung der Weltpolitik. Internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen und das Nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO, stehen in einem Prozeß der inneren Reformen, um sich den veränderten Bedingungen, aber auch dem höheren internationalen Erwartungsdruck anzupassen.

Nach dem Ende der kommunistischen Hegemonie in Osteuropa und dem Zerfall der Sowjetunion hat sich die internationale Politik folglich auf verschiedenen Ebenen grundlegend gewandelt. Die Polarisierung zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion und ihren jeweiligen Verbündeten, die die gesamte Nachkriegsgeschichte bis zu den friedlichen Revolutionen 1989/90 geprägt und dabei nahezu alle Regionen der Welt mit einbezogen hat, hat aufgehört, die Weltpolitik zu dominieren. Nunmehr stellt sich das Kräftefeld in der internationalen Politik vielschichtiger und komplexer dar. Die internationalen Beziehungen sind heute durch fluide, sich in rascher Veränderung befindliche Strukturen charakterisiert. Bisher lassen sich nur die Umrisse der neuen weltpolitischen Ordnung erkennen. Dabei wird der internationale Einfluß der Länder, der zunehmend von ihren Ressourcen, wie dem Bildungsstand der Bevölkerung und dem „kulturellen Kapital“ (Pierre Bourdieu), der Infra- und Kommunikationsstruktur abhängt, vermittelt und bestimmt von internationalen Kooperations- und Organisationsformen, da kein Staat der Welt heute autark agieren kann.

Diese Veränderungen in den weltpolitischen Strukturen finden ihren Niederschlag in der neuen „wissenschaftlichen Unübersichtlichkeit“ im Feld der internationalen Beziehungen.

Während ältere Theorien der internationalen Beziehungen noch von einem relativ klar umrissenen Begriff der internationalen Politik ausgehen konnten, der auf der Basis dominanter Staaten und ihrer Bündnissysteme entwickelt wurde, erfordert die Komplexität heutiger Strukturen neue Theorieansätze und Betrachtungsweisen, denn internationale Beziehungen bilden ein vielschichtiges Interaktionsmuster, in das historische, politisch-kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge einfließen, die von einer Vielzahl internationaler Akteure gestaltet werden.

Das vorliegende Werk will Studierenden und einem interessierten Fachpublikum eine Einführung in die wichtigsten Theorien internationaler Beziehungen und in analytische Grundkonzeptionen der internationalen Politik bieten. Dabei sind über die klassischen Theorien hinaus bewußt neuere Ansätze aufgenommen worden, wie beispielsweise konstruktivistische und postmoderne Konzeptionen, um die Vielschichtigkeit der gegenwärtigen Theoriebildungen zu verdeutlichen. Auch die Berücksichtigung feministischer Positionen folgt dem Anliegen, neuere theoretische Arbeiten, die bislang nahezu ausschließlich in der englischsprachigen Literatur behandelt worden sind, einem deutschen Leserkreis zugänglich zu machen.

Konzeptionell wird im folgenden ein international orientierter Ansatz zugrunde gelegt, d. h. die Grundkonzeptionen, Theorien und Problemfelder werden nicht aus der Perspektive eines speziellen Landes heraus, sondern von einem universalistischen Standpunkt aus der Gesamtheit globaler Interaktionen betrachtet. Vor dem Hintergrund neuerer Theoriediskussionen werden zwei zentrale Problemfelder thematisiert, die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich der Umweltproblematik, sowie das Sicherheitsproblem, das sich hier auch auf ethnonationale Konflikte, Migration und Menschenrechte erstreckt. Außenpolitik als Handlungsfeld wird im Kontext supranationaler und internationaler Verknüpfungen analysiert. Dabei werden die deutschen Außenbeziehungen vor allem im europäischen Kontext behandelt und die EU als supranationale Institution ausführlicher analysiert. Schließlich werden aus der Perspektive der *global governance* die Vereinten Nationen in den Blick genommen.

Die vorliegende Abhandlung über internationale Beziehungen basiert auf Vorlesungen, die zunächst für Studierende an der Freien Universität Berlin, und dann aktualisiert an der Universität Hannover gehalten wurden. Langjährige internationale Lehr- und Forschungserfahrungen, die die Verfasserin in den Vereinigten Staaten und in Deutschland erworben hat, sind

in die Konzeptualisierung des Textes eingeflossen. Damit wird eine analytische und theoretische Perspektive vorgestellt, die den wissenschaftlichen Zugang zum Gegenstandsbereich der internationalen Politik immer wieder distanziert reflektiert. Spezifische Theorietraditionen in Deutschland und den USA sowie die unterschiedliche weltpolitische Positionierung der beiden Länder haben den wissenschaftlichen Diskurs in verschiedener Weise geformt und beeinflusst. Während die bundesdeutsche Disziplin der internationalen Politik zunächst deutlich von angelsächsischen Arbeiten geprägt war und internationale Beziehungen als „amerikanische Wissenschaft“ (Stanley Hoffmann) erschien, läßt sich in den letzten zwei Dekaden eine deutliche Eigenprofilierung der deutschen Forschung feststellen. Trotzdem bleibt die gründliche Rezeption angelsächsischer Arbeiten ein wesentliches Kennzeichen dieses Forschungsgebiets. Internationale Politik in diesen differierenden Perspektiven zu analysieren, beinhaltet daher die reizvolle Aufgabe, Theoriebildungen sowie Problemanalysen als kulturell und historisch koordinierte, sozial konstruierte Realität zu begreifen. Dieser Zugang unterstreicht politische Zusammenhänge, die für das internationale Geschehen generell kennzeichnend sind.

Die Leserinnen und Leser dieser Abhandlung werden im folgenden auf verschiedene Spuren theoretischer und konzeptioneller Unterschiede in den Diskursen diesseits und jenseits des Atlantiks stoßen. Forschungsaufenthalte am Center for European Studies der Harvard University und an der University of North Carolina at Chapel Hill waren für den Fortgang der Arbeiten am Manuskript außerordentlich fruchtbar. Bei der Bearbeitung haben eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen beratend und unterstützend gewirkt. Meinem geschätzten Kollegen Ulrich Albrecht von der Freien Universität Berlin gebührt mein Dank für das kritische „double reading“ der Textentwürfe. Jürg Steiner von der University of North Carolina at Chapel Hill hat durch das „feed back“ zum Manuskript sehr zum Gelingen des Projekts beigetragen. Die endgültige Fassung des Textes entstand an der Universität Hannover. Hier gilt den Tutorinnen und Tutoren der Vorlesungen und den Studierenden meine Anerkennung für ihre kritischen und konstruktiven Einwände und Überlegungen, die sie in die Veranstaltungen eingebracht haben. Besonders danke ich auch Marcus Hoppe für seine konstruktiven, redaktionellen Hinweise und Anregungen. Selbstverständlich liegt die wissenschaftliche Gesamtverantwortung allein bei der Verfasserin.

Kapitel 1 Wissenschaft und Theorien Internationaler Beziehungen

1. 1 Zur Geschichte der Wissenschaft

Als eigenständige akademische Disziplin wurde die Lehre über internationale Beziehungen in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts institutionalisiert. Während der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919 wurde die Gründung wissenschaftlicher Institute zur Erforschung der internationalen Beziehungen in den USA und in Großbritannien vereinbart, und an einigen Universitäten wurden in der Folgezeit Lehrstühle für internationale Politik eingerichtet, die sich der Erforschung von Themen wie Friedenserhaltung, Völkerrecht und Sicherheitspolitik widmen sollten. Deshalb wird die Lehre über internationale Beziehungen auch als "ein Kind des 1. Weltkriegs" bezeichnet (vgl. Meyers in Boeckh 1994: 230). Dabei basierte die Forschung im wesentlichen auf zwei Traditionen, dem Völkerrecht und der Diplomatiegeschichte. Noch heute stellt an vielen europäischen Universitäten das Völkerrecht bzw. das internationale Recht (International Law) einen Schwerpunkt der Forschung und Lehre im Bereich der internationalen Beziehungen dar. Die Diplomatiegeschichte besitzt vor allem in Großbritannien mit einigen herausragenden Forschungsarbeiten eine lange Tradition.

Die sprunghafte Zunahme neuer Forschungsinstitute und universitärer Einrichtungen nach 1945 lassen sich vor allem auf die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen zurückführen. Die Ausbildung von außenpolitischen Eliten wurde professionalisiert und hier übernahmen die Hochschulen eine wichtige Funktion. Dies gilt besonders für den angelsächsischen Raum, aber auch für andere westeuropäische Länder, wie z. B. Frankreich. Die Verwissenschaftlichung der Ausbildung führte dazu, daß herkömmliche Erklärungsansätze um sozialwissenschaftlich fundierte Theorien ergänzt wurden, um die komplexer werdenden Strukturen und Probleme der Weltpolitik adäquater analysieren zu können. Zunehmend wurde internationale Politik zu einem Schwerpunkt der akademischen Forschung und Ausbildung.

In Deutschland erfolgte diese Entwicklung mit erheblicher Zeitverzögerung. Eine erste, allerdings nur kurze Phase wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit internationaler Politik hatte bereits in der Weimarer Republik eingesetzt. Die während der zwanziger Jahre gegründete Deutsche Hochschule für Politik (DHfP) übernahm dabei eine wichtige Funktion. Aufgrund der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde diese Phase jedoch abgebrochen.

Deutschland konnte sich nach dieser Zäsur im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg erst langsam als Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft etablieren. Internationale Politik war zum einen als Politik- und Handlungsfeld während der Nachkriegszeit von untergeordneter Bedeutung, denn die Bundesrepublik stellte nur einen marginalen Akteur in der internationalen Politik dar. Ihre Rolle war zudem aufgrund der Alliierten-Regelungen eingeschränkt. Zum anderen mußte das Fach einer modernen *Politikwissenschaft* überhaupt erst aufgebaut werden, da die Staats- und Völkerrechtslehre, sofern sie in den dreißiger Jahren fortgeführt werden konnte, in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestellt und dadurch diskreditiert worden war. Erst seit Ende der sechziger Jahre kann von einem nennenswerten Aufbau dieses Feldes in der Politikwissenschaft gesprochen werden, wobei es dabei nachhaltig durch englischsprachige Forschungsarbeiten beeinflusst wurde.

Noch bis in die siebziger Jahre hinein blieb die Disziplin der internationalen Beziehungen nach einem Wort von Stanley Hoffmann „eine amerikanische Sozialwissenschaft“. Dies hat sich jedoch nachhaltig gewandelt. So bildeten sich in der Bundesrepublik eigenständige Forschungsansätze und institutionelle Forschungszentren heraus, die dem Feld ein eigenes Profil verliehen. Im Unterschied zu den USA waren zudem realistische Theorieansätze zu keinem Zeitpunkt in der Bundesrepublik dominant. Seit Mitte der siebziger Jahre fächerte sich das Feld deutscher Arbeiten unter dem Eindruck pluraler Ansätze stark auf (Haftendorn 1975). Gleichzeitig wurden eine Reihe von Institutionen und Organisationen ins Leben gerufen, wie beispielsweise die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) wurde schließlich auch eine Sektion internationale Politik gegründet (vgl. Rittberger 1990).¹

Der Einfluß der englischsprachigen Literatur blieb in der Bundesrepublik allerdings deutlich ausgeprägt. Die großen Debatten über theoretische Orientierungen werden nach wie vor in der angelsächsischen Literatur geführt. Sie fungieren häufig auch als kritisches Korrektiv und Impulsgeber für Neuerungen im Feld, wie beispielsweise die Diskussion um die Bedeutung von „gender“ (Geschlechterverhältnisse) in den Internationalen Beziehungen zeigt, die zuerst in Großbritannien, den USA und Kanada geführt wurde, bis sie schließlich nach

¹ Einen Überblick zum Theoriestand liefern z. B. Ursula Lehmkuhl: *Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte*. München. Wien: Oldenbourg Verlag 1996; Reinhard Meyers: „Internationale Beziehungen als akademische Disziplin“, in: Andreas Boeckh: *Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik* Bd. 6. München 1994, S. 231-241.

einigen Jahren auch in Deutschland aufgenommen wurde. Auch der inzwischen recht innovative Konstruktivismus wurde zunächst ausführlich in den angelsächsischen Ländern diskutiert, bevor er in Deutschland rezipiert wurde.² Anders als beispielsweise in den USA und in Großbritannien hat sich in der Bundesrepublik jedoch institutionell kein eigenständiges Feld „Internationale Beziehungen“ an den Hochschulen etablieren können. Forschung und Lehre bilden in Deutschland ein Teilgebiet der Politischen Wissenschaft.

Konzeptionell ist es sinnvoll davon auszugehen, daß die internationalen Beziehungen auf *Interaktionen von verschiedenen Akteuren* beruhen, die mit sozialwissenschaftlichen Theorien und Methoden analysiert werden können. Die Begriffe „internationale Beziehungen“ und „internationale Politik“, die von einigen Autoren sinngleich verwendet werden, sollten als Charakterisierung für den Forschungsgegenstand differenziert werden. „Der Begriff der internationalen Politik bezieht sich auf die Interaktionsprozesse, die zwischen mindestens zwei (i. d. R. staatlichen, gelegentlich auch sonstigen den Status eines Völkerrechtssubjekts beanspruchenden) Akteuren in deren internationaler Umgebung stattfinden. Die Untersuchung der internationalen Politik begreift die einzelnen Handlungen jeder dieser Akteure allein als (Teil-)Aspekte eines größeren Aktionsmusters, das über den definierbaren Zeitraum hinweg durch regelmäßig sich wiederholende oder zumindest den Grundzügen nach vergleichbare Akteurshandlungen konstituiert wird und häufig durch ein Aktions-Reaktions-Schema geprägt ist. Entscheidendes Kriterium für die Subsumtion von Akteurshandlungen unter dem Begriff der internationalen Politik ist deren Orientierung auf einen wie auch immer definierten politischen Gehalt.“ (Meyers in Boeckh 1994: 227) Der Begriff „internationale Politik“ bezeichnet also vor allem intentionales politisches Handeln, etwa im Rahmen der Außenpolitik eines Landes gegenüber einem anderen oder gegenüber einer internationalen Organisation. Dabei hängt die Eingrenzung des Gegenstandsbereichs vom jeweils verwandten Politikbegriff ab. Der Begriff „internationale Beziehungen“ ist gegenüber der Bezeichnung internationale Politik im allgemeinen weiter gefaßt. „Er bezieht sich auf alle grenzüberschreitenden Aktionen und Interaktionen, die zwischen unterschiedlichen internationalen Akteuren, seien es nun internationale Organisationen, Staaten, gesellschaftliche Gruppierungen, Individuen oder juristische Personen, stattfinden können. Außerdem erstreckt er sich auf die Interaktionsmuster, die aus derartigen Interaktionen über einen bestimmten Zeitraum hinweg entstehen.“ (Meyers in Boeckh 1994: 228) Internationale Beziehungen stellen nach dieser Begriffsdefinition also ein *Bezie-*

² Dabei hat sich besonders die „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ als wichtiges Forum für die Debatte dieser neueren Ansätze erwiesen.

hungsgeflecht aller grenzüberschreitenden Interaktionen dar. Dabei werden sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure einbezogen, was angesichts der rasch zunehmenden Bedeutung von nichtstaatlichen Organisationen im internationalen Rahmen eine sinnvolle Erweiterung des Gegenstandsbereichs darstellt. Der weiter gefaßte Begriff der „internationalen Beziehungen“ nimmt also nicht nur das zwischenstaatliche Handeln in den Blick, sondern eröffnet ein breites Spektrum von neuen Untersuchungsfeldern für die Analyse. Dazu gehören beispielsweise auch gesellschaftliche Akteure, die keinen völkerrechtlichen Status besitzen und solche, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg tätig sind, wie die in jüngerer Zeit wichtiger gewordenen nichtstaatlichen, internationalen Organisationen (NGOs oder non-governmental organizations). In Anlehnung an den im englischsprachigen Raum üblichen Terminus „International Relations“ ist es daher auch in der deutschsprachigen Literatur üblich geworden, den Begriff „Internationale Beziehungen“ für die Analyse internationaler politischer Probleme, Strukturen und Interaktionsformen zu verwenden (vgl. auch Czempiel, in: Knapp/Krell 1996).

Literatur:

Albrecht, Ulrich: Internationale Politik. Eine Einführung in das System internationaler Herrschaft, 5. Aufl., München, Wien 1998

Boeckh, Andreas (Hrsg.): Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik, Bd. 6, hrsg. v. Dieter Nohlen, München 1994

Czempiel, Ernst-Otto: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht, in: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik. München 1996, S. 2-27

Haftendorn, Helga (Hrsg.): Theorie der internationalen Politik, Hamburg 1975

Lehmkuhl, Ursula: Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte, München, Wien 1996

Meyers, Reinhard: „Internationale Beziehungen als akademische Disziplin“, in: Andreas Boeckh (Hrsg.): Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 231-241.

1. 2 Was heißt Theorie der internationalen Beziehungen?

Theorien dienen in der Regel als analytischer Bezugsrahmen für wissenschaftliche Untersuchungen. Sie folgen bestimmten Erkenntnisinteressen, die nach dem heutigen Wissenschaftsverständnis reflektiert und dargelegt werden sollen. Wird keine geschlossene Theorie verwendet, so können theoretische Ansätze und Modelle herangezogen werden, um eine Untersuchung oder Analyse durchzuführen. In den Sozialwissenschaften wird davon ausgegangen, daß wissenschaftliche Untersuchungen, die von Theorien geleitet werden, nicht nur neue wissenschaftliche Erkenntnisse produzieren, sondern auch eine Orientierung in der Welt ermöglichen, Handlungsalternativen aufzeigen und gegebenenfalls eine Grundlage für politisches Handeln herstellen sollen. Generell ist heute eine größere Zurückhaltung gegenüber „großen Theorien“ oder sogenannten Meta-Erzählungen festzustellen. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bevorzugen Theorien mittlerer Reichweite, die ein bestimmtes Problem, einen Teilausschnitt internationaler Beziehungen oder eine spezifische Fragestellung erfassen sollen.

Die Theoriebildung im Feld der internationalen Beziehungen soll, wie in der Sozialwissenschaft generell, bestimmte Funktionen erfüllen. Zu ihrer *heuristischen* Funktion gehört, daß die Komplexität der Realität reduziert und die Vielfalt der Evidenz nach Relevanzkriterien hierarchisiert wird. Dies geschieht in der Regel dadurch, daß die Bedeutung einer zentralen Forschungsfragestellung entwickelt wird und daraus verschiedene Teilfragen abgeleitet werden. Eine weitere Aufgabe der Theoriebildung ist die *operative* Funktion, d.h. sie soll forschungsanleitend und in einen Forschungsprozeß umsetzbar sein. Je komplexer die Theorie, desto schwieriger kann es werden, die Forschungsschritte zu operationalisieren. Die Eingangsqualifikationen für den Nachvollzug der Theoriebildung werden dadurch relativ hoch gesetzt. Eine weitere Funktion kann im *legitimatorischen* Charakter bestehen, indem mit der Theoriebildung ein gewisses politisches Handeln begründet wird. Ob diese Funktion erfüllt wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wieweit dieser Aspekt der Theoriebildung explizit dargelegt wird. Gerade in den internationalen Beziehungen wird häufig angestrebt, politische Entscheidungen vorzubereiten, zu beeinflussen oder kritisch zu begleiten. Daher sollte abschließend die *kritische* Funktion von Theoriebildung erwähnt werden. Im Unterschied zum Alltagsgeschäft der Politik sollen Theorien dazu beitragen, Zusammenhänge aufzudecken, Hintergründe zu analysieren und alternative Entscheidungsoptionen zu erörtern. Insofern können Theorien auch neue Perspektiven zur Veränderung gesellschaftlicher Zustände aufzeigen.

Als Teilbereich der Politikwissenschaft arbeiten Untersuchungen über internationale Beziehungen in der Regel mit *sozialwissenschaftlichen Methoden*. Welche Methoden angewandt werden, hängt zum einen vom theoretischen Rahmen ab, der zugrunde gelegt wird, und zum anderen von der Fragestellung der Untersuchung. So kann eine Untersuchung beispielsweise methodisch komparativ angelegt sein, oder auf einer Einzelfallstudie beruhen. Jedes Forschungsverfahren setzt ein bestimmtes Erkenntnisinteresse voraus, das auf Basis der Fragestellung über das Forschungsdesign und die Auswahl der Methoden, einschließlich der Anlage von empirischen Untersuchungen, entscheidet. Das Erkenntnisinteresse sollte ebenso offengelegt werden, wie der größere theoretische Zusammenhang, in dem das Problem steht.

1. 3 Grundbegriffe: Akteur und internationales System

Für die Analyse der internationalen Beziehungen hat sich der *Dualismus von Akteur und System* als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Er bildet analytisch und theoretisch den Bezugsrahmen vor allem neuerer Theorien internationaler Beziehungen.³

Der Begriff *Akteur* kann sich in der internationalen Politik auf Nationalstaaten, gesellschaftliche und nichtstaatliche Gruppen und auf Individuen beziehen, die ihre Anliegen im internationalen Raum artikulieren und dort agieren. Werden internationale Beziehungen als soziale Interaktion verstanden, dann können sie, ähnlich wie soziales Handeln in anderen Bereichen, als Beziehungsverhältnis mit konkret handelnden Akteuren analysiert werden. Mit der Fokussierung von Akteuren wird auch dem sozialwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse im Feld der internationalen Beziehungen Rechnung getragen, Handlungen, Werte und Normen in der internationalen Politik analysieren zu können.

Die Frage, welcher Akteur bzw. welche Akteure als analytisch relevant gelten, wird von theoretischen Vorannahmen bestimmt. So betrachten neo-realistische oder intergovernmentalistische Theorieansätze die Nationalstaaten als zentrale Akteure, während der liberale Institutionalismus darüber hinaus von einer Pluralität der Akteure ausgeht. Untersuchungen über Wertmuster und Einstellungen außenpolitischer Eliten eines Landes oder die Frage nach der

Rolle von Persönlichkeiten in der internationalen Politik können auf der Akteursebene angesiedelt sein. Diesem Herangehen kann die Auffassung zugrunde liegen, daß Verhalten als wertorientiertes Handeln zu begreifen ist. In neueren Theorien findet auch die Idee von Akteuren Verbreitung, die durch rationales, zweckgebundenes Handeln geleitet werden, wobei als Zweck der eigene Nutzen angenommen wird („rational choice“-Ansätze). Mit dem Wandel des Menschenbildes und unter dem Einfluß sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden wird allerdings in der Regel eine differenziertere, kontextbezogene Sicht auf die Akteurs-Ebene der internationalen Politik präferiert. Akteure gelten als in die konkrete Umgebung eingebundene Einheiten oder Gruppen, als Teil eines größeren Umweltsystems. Generalisierende Aussagen jenseits von Raum, Zeit, kulturellem und regionalen Kontext über Akteure gelten als fragwürdig. Neuere Ansätze legen daher bei der Analyse von Akteuren mehr Gewicht auf differenzierende Kategorien wie Klasse, Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit.

Theoriegeschichtlich betrachtet galten *Staaten* als die zentrale Analyseeinheit, weil sie die einzigen völkerrechtlich legitimierten Akteure darstellten. Nationalstaaten hatten daher eine vorrangige Bedeutung in den internationalen Beziehungen, die lange Zeit unbestritten war. In staatszentrierten Theorien wird nach dem nationalen Interesse eines Staates, dem wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsstand, militärischen Kapazitäten, politischer Verfaßtheit oder Infrastruktur gefragt. In der neueren Literatur wird allerdings die Frage, ob und inwiefern Staaten auch zukünftig die zentralen Akteure in der internationalen Politik sein werden, kontrovers diskutiert (Kohler-Koch 1998; Zürn 1998). Während für die einen Staaten aufgrund ihres völkerrechtlichen Status und ihrer Ressourcen, vor allem im wirtschaftlichen und militärischen Bereich, ihre Rolle als wichtigster Akteur in der Weltpolitik weiter spielen werden, heben andere hervor, daß internationale Organisationen, transnationale Zusammenschlüsse sowie nichtstaatliche, gesellschaftliche Akteure inzwischen so wichtig geworden sind, daß Nationalstaaten künftig lediglich eine Variable von mehreren bildet.

Tatsächlich hat sich die Rolle und Funktion von Staaten in der sich rapide verändernden Umwelt stark gewandelt, so daß eine Fixierung auf Staaten in der Theoriebildung fragwürdig geworden ist. Die insgesamt fast 200 Staaten der Welt werden zwar weiterhin dominierende Akteure in der internationalen Politik bleiben. Sinnvoll ist es aber darüber hinaus, Formen transnationaler Politik stärker zu berücksichtigen. Der Bedeutungszuwachs transnationaler

³ Analytisch werden von einigen Autoren auch drei Ebenen der Untersuchung von internationalen Beziehungen unterschieden: die individuelle, die staatliche und die Ebene des internationalen Systems (Kegley/Wittkopf 1997:11).

Akteure in der Politik, die Zunahme nichtstaatlicher Organisationen sowie die Entstehung supranationaler politischer Organisationen und regionaler Zusammenschlüsse unterlaufen den Anspruch von Staaten auf Souveränität in der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen. - Mit dem Begriff des *Nationalstaates* war zudem eine irreführende Gleichsetzung zwischen Staat und Nation nahegelegt worden. Tatsächlich sind Staaten, die nur von einer Nation gebildet werden, eher die Ausnahme. Etwa zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bestehen aus multiethnischen Gesellschaften; weltweit existieren rund 170 Ethnien ohne eigenen Staat, aber mit Anspruch auf Autonomie. Der Begriff des Nationalstaates erweist sich daher nicht nur als analytisch unscharf, sondern er entspricht auch nicht der politischen Realität. Mit dem Staatsbegriff gerät auch der *Souveränitätsbegriff* ins Wanken; im Gegensatz zum Völkerrecht wird er in den internationalen Beziehungen kaum mehr verwendet. „Er gilt als ordnungs- und realpolitisch überholt... Der Souveränitätsbegriff ist also durch ein in sich differenziertes und gradualistisches Konzept von Einflußmöglichkeiten im und auf das internationale System abgelöst worden.“ (Seidelmann in Boeckh 1994:494f.) Zugespitzt vertritt der Berliner Politikwissenschaftler Ekkehart Krippendorff daher die Auffassung, „daß die Zeit des modernen Staates als souveräner, selbstverantwortlicher Akteur auf der Bühne der internationalen Politik zu Ende gehen könnte.“ (Krippendorff, in: Albrecht/ Volger 1997:472)

Mit der zunehmenden Verflechtung der Staaten der Welt gewinnt der Begriff des *internationalen Systems* an Bedeutung. Er charakterisiert die Gesamtheit der internationalen Beziehungen im sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Bereich. Das internationale System umgreift nicht nur die Nationalstaaten in ihrer Beziehung zueinander, sondern vor allem auch die internationalen Organisationen sowie transnationale Akteure (z. B. multinationale Konzerne; internationale nichtstaatliche Organisationen). Je nach theoretischer Ausrichtung wird das internationale System entweder als Handlungsrahmen und als Begrenzung für die Nationalstaaten angesehen, oder es wird selbst als Variable der Verflechtung von Staaten betrachtet. - Eine wichtige analytische Unterscheidung auf der Systemebene besteht in der Frage, ob sich die Struktur des internationalen Systems ständig selbst reproduziert und darum starr ist (struktureller Ansatz) oder ob das System ein veränderbares Resultat politischer Interaktionen ist (akteursbezogener, pluralistischer Ansatz). Für die Analyse des internationalen Systems ist zudem relevant, welche Zusammenhänge als strukturbildend betrachtet werden. Grob betrachtet können zwei Richtungen unterschieden werden. Während die eine Denkschule vom Primat der Ökonomie ausgeht (z. B. Dependenztheorien, Globalisierung), betrachtet die andere politische Prozesse als primär entscheidend (Interdependenztheo-

rien; Konstruktivismus).

Ein Grundproblem der Beziehung zwischen Akteur und internationalem System besteht darin, daß das internationale System kein allgemein anerkanntes, politisch legitimes Machtzentrum aufweist. Damit unterscheidet es sich vom politischen Gemeinwesen innerhalb eines Landes, in dem der Staat als „Monopol legitimer Gewaltsamkeit“ (Max Weber) agiert. Durch die Verrechtlichung und Verregelung der internationalen Beziehungen wurden allerdings schrittweise Regelwerke etabliert, die die Möglichkeiten und Grenzen von überstaatlicher Gewaltausübung festlegen sollen. Beispielsweise enthält die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich den Gedanken einer kollektiven, weltgesellschaftlichen Verantwortung für den Weltfrieden.

Literatur:

Kegley, Charles W./ Eugene R. Wittkopf: World Politics. Trends and Transformations. 6. Aufl., New York 1997

Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen. PVS-Sonderheft 29, Opladen 1998

Krippendorff, Ekkehart: „Staat“, in: Albrecht/Vogler: Lexikon der internationalen Politik, München 1997, S. 470-473

Seidelmann, Reimund: „Souveränität“, in: Andreas Boeckh (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Lexikon der Politik, hrsg. v. Dieter Nohlen, Bd. 6, München 1994, S. 493-495

Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a. M. 1998

1. 4 Der Machtbegriff in internationalen Beziehungen

In den Problemfeldern, in denen ein von allen Ländern akzeptiertes Regelungsverfahren durch ein weltpolitisches Machtzentrum fehlt, sind die internationalen Beziehungen auf zwischenstaatliche Übereinkünfte angewiesen. Aufgrund der ungleichen Machtverteilung ist dabei die Positionierung der Staaten im weltpolitischen Machtgefüge eine wichtige politische und theoretische Frage. Daher nimmt der *Machtbegriff* eine zentrale Bedeutung in der Theoriebildung ein. Das *klassische* sozialwissenschaftliche Machtkonzept geht auf Max Weber zurück. Weber bezeichnete Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“ (Weber 1956: 28) Weber verstand Macht als Bestandteil aller sozialer Beziehungen, wobei sie zugleich ein Verhältnis zwischen Ungleichen voraussetzt. Der Machtbegriff erscheint bei Weber zugleich als eine amorphe Kategorie, die in der Folgezeit theoretisch weiter ausgeformt wurde.

Diesem Ansatz, Macht als Willensdurchsetzung bzw. Macht „über andere“ zu definieren, setzte beispielsweise Hannah Arendt einen kontextbezogenen, *interaktiven* Machtbegriff entgegen, der neuerdings in der sozialwissenschaftlichen Literatur über internationale Beziehungen breiter rezipiert wird. Macht ist nach Arendt zu verstehen als Fähigkeit, „mit anderen“ zu agieren. Auch für Arendt setzt Macht soziale Beziehungen voraus, aber sie beinhaltet nicht einfach Willensdurchsetzung, sondern soziale Prozesse der Kohäsion. „Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.“ (Arendt 1970:45) Macht gehört nach Arendt zum Kern aller staatlichen Gemeinwesen. Sie bedarf jedoch der Legitimität; das bedeutet, daß diejenigen, die Macht ausüben, sich ihrer Autorität ständig vergewissern müssen. Macht, die nicht autorisiert ist, wird zur Gewalt. Gewalt kann zwar, als letzter Ausweg, im politischen Handeln mit einkalkuliert sein, so daß es so aussehen kann, als sei die Machtstruktur eine Vorbedingung für Gewaltausübung; dies ist jedoch nicht der Fall. Bei Arendt ist der Machtbegriff eher weit gefaßt, während Gewalt auf einer engen, spezifischen Definition beruht. Im heutigen Diskurs über den Charakter des Politischen und der internationalen Politik wird Arendts Begriff der Macht, der sich aus dem Verständnis des Politischen als Handlungsfähigkeit herleitet, vor allem im englischsprachigen Raum aufgenommen und beispielsweise in der Diskussion um

universelle Menschenrechte verwendet (vgl. Isaac 1996).

Für *empirisch orientierte Machtanalysen* muß der Machtbegriff differenziert und operationalisiert werden, um ihn für Untersuchungen fruchtbar zu machen. Die Willensdurchsetzung, z. B. eines Staates, in der internationalen Politik ist das Ergebnis von Machtausübung, die auf verschiedenen *Machtmitteln* oder -ressourcen beruht. Als ein zentrales Ergebnis differenzierterer empirischer Analysen läßt sich die Verschiebung der Indikatoren von Macht notieren. Der Politologe Wichard Woyke betont „den dramatischen Wechsel“ der Parameter der Macht in den industrialisierten Ländern. „Das Militär als klassischer Indikator für Souveränität hat in den industrialisierten Staaten viel von seinem Stellenwert verloren. Neue Parameter wie technisch-wissenschaftliche Grundlagen, industrielle und finanzielle Leistungen einer Volkswirtschaft, Währung und Humankapital werden zu neuen Indikatoren der Macht und des Einflusses von politischen Akteuren.“ (Woyke 1997: 621)

In der neueren Literatur wird Macht in der Regel als ein Oberbegriff für eine differenzierte Typologie unterschiedlicher Formen von Herrschaft in den internationalen Beziehungen verwendet, d. h. der Machtbegriff bezeichnet einen komplexen sozialen Zusammenhang. Eine heuristische *Kategorisierung* von Macht bietet eine neuere amerikanische Studie an, die mindestens drei große Formen von Macht unterscheidet (vgl. Boulding, 1989):

- Macht als *Drohung* ("threat power"), die einen Einfluß auf andere ausübt, indem sie Überlegenheit ausdrückt und anderen gegenüber Zwangs- oder Drohmittel einsetzen kann. Diese Form der Macht kann in einer Unterordnung resultieren, sie kann aber auch zur Flucht aus der Machtbeziehung oder zu einer Gegendrohung führen;

- *Wirtschaftliche Macht* ("economic power"), die aufgrund längerfristiger historischer Prozesse zu ungleichen Machtverteilungen von Ressourcen geführt hat, die eine Gruppe oder ein Land begünstigt;

- *Integrative Macht* ("integrative power"), die als legitim anerkannt ist und Loyalität beinhaltet. Diese Form der Macht ist relativ dauerhaft, wenn sie sich beständig ihrer Legitimität versichert.

Kritisch in Frage gestellt wird der Machtbegriff als Strukturkategorie in neueren *post-strukturalistischen* Arbeiten. Die britische Autorin Cynthia Weber (1995) geht beispielsweise davon aus, daß die Macht eines Staates im historischen Prozeß durch soziale Praxis konstruiert wird.

iert worden ist. Macht ist daher keine Strukturkategorie der internationalen Politik, sondern entspringt einer diskursiven Praxis. Weber argumentiert, daß die Staatlichkeit mit der klassischen Konzeption von Souveränität durch spezifische Konfigurationen von Macht und Wissen entstanden ist, um eben diese Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten (vgl. auch Burchill/Linklater 1996:183).

Auch *feministische* Forschungsansätze problematisieren den herkömmlichen Machtbegriff. Die Politikwissenschaftlerin J. Ann Tickner (1992) zeigt beispielsweise auf, daß der in neorealistischen Arbeiten verwandte Macht- und Sicherheitsbegriff eine männlich geprägte Konstruktion darstellt, indem traditionelle männliche Attribute wie das rationale, strategische Kalkül („rational choice“) und das Streben nach Macht als allgemeingültige Verhaltensmuster angenommen wurden, die auf das Agieren von Staaten angewandt werden, während andere Verhaltensmuster, wie das Bedürfnis nach Schutz, Verständigung und Sicherheit ignoriert werden. Für Tickner ist das Streben nach Macht kein Grundprinzip menschlicher Ordnung, sondern es stellt nach ihrer Auffassung eine Ursache für zentrale Probleme der internationalen Beziehungen dar, weil das Machtstreben zu einer ernsthaften Sicherheitsbedrohung der Welt führt.

Literatur:

Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, dt. München 1970

Boulding, Kenneth: Three Faces of Power, Newbury Park Calif. 1989

Burchill, Scott/Andrew Linklater (Hrsg.): Theories of International Relations, London: Macmillan Press 1996

Isaac, Jeffrey: „A New Guarantee on Earth. Hannah Arendt on Human Dignity and the Politics of Human Rights“, in: American Political Science Review, Nr. 1/1996, S. 61-73

Tickner, J. Ann: Gender and International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security, New York 1992

Weber, Cynthia: Simulating Sovereignty. Intervention, the State and Symbolic Exchange, Cambridge 1995

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1956

Woyke, Wichard: Internationale Beziehungen, in: Arno Mohr (Hrsg.): Grundzüge der Politikwissenschaft, München 1997, S. 605-674

Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 5. Aufl., Opladen 1993

1. 5 Theorierichtungen in der Analyse der Internationalen Beziehungen

Im Feld der internationalen Beziehungen gibt es keine „große“, einheitliche Theorie, sondern sehr unterschiedliche Theorierichtungen oder Denkschulen. Die Berliner Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn stellt beispielsweise fest, daß es Mitte der achtziger Jahre zwanzig verschiedene theoretische Konzepte in der Auseinandersetzung mit den internationalen Beziehungen gegeben hätte (Haftendorn 1990: 448-493). Eine andere Publikation nennt sechs Großtheorien internationaler Beziehungen: Realismus, Englische Schule, Idealismus, interdependenz-orientierter Globalismus, Imperialismustheorien sowie dependenz-orientierter Globalismus; zu den klassischen Theoriekonzepten rechnet der Autor dabei Realismus und Idealismus, während Neorealismus, Globalismus, Dependenztheorien und Weltsystemtheorien zu den vier modernen Theoriekonzepten zählen (vgl. Meyers in Boeckh 1994: 226 und 232f.). In der angelsächsischen Literatur wird zwischen den zwei älteren Denkschulen des Realismus und Idealismus unterschieden; neuere Theorierichtungen werden in der Regel in die zwei Grundrichtungen des Neorealismus und des Neoliberalismus unterteilt; letzterer werden die Interdependenztheorie und die Regimetheorie zugeordnet (Kegley/Wittkopf 1997:19f.). Neben diesen Grundströmungen werden eine Reihe weiterer Ansätze genannt, wie konstruktivistische, postmoderne, „rational choice“ oder feministische Theorieansätze. Anhand der unterschiedlichen Klassifizierungen wird deutlich, wie weit sich das Feld der internationalen Beziehungen theoretisch und methodisch ausdifferenziert hat. Insofern kann von einem „*Theorienpluralismus*“ ausgegangen werden (vgl. auch Rittberger 1990).

1. 5. 1 Theoretische Vorläufer

Will man den Beginn einer systematischeren Reflexion über internationale Beziehungen historisch verorten, so reichen die Ursprünge bis in die frühe Neuzeit und die Entstehung moderner Nationalstaaten zurück. Geistesgeschichtliche Wurzeln gehen bereits zurück auf die *staatstheoretischen* Abhandlungen des englischen Philosophen Thomas Hobbes (1588-1679) sowie auf die Philosophie des Liberalismus. Hobbes entwickelte in seiner Schrift „Leviathan“ den absolutistisch-aufgeklärten Gedanken eines „Sozialvertrags“, in dem der Staat seinen Untertanen im Gegenzug zur ihrer „Unterwerfung“ unter die staatliche Autorität ein sicheres Leben gewährleisten sollte. Dieser Gedanke wird vor allem von Realisten und Neorealisten aufgegriffen, da sie bei Hobbes grundlegende Überlegungen zu der Frage entwickelt finden,